

Aufbruch in die Wissensgesellschaft – Sachsen ist dabei

5

Bildung ist die Grundlage für das Gelingen der Wissensgesellschaft und die Teilhabe jedes einzelnen Menschen am gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Leben. Durch sie werden Menschen in die Lage versetzt, Wissen, Erfahrung, Gefühle, Ängste und Hoffnungen zu verarbeiten und anzuwenden. Folgerichtig arbeitet Bildungspolitik eng vernetzt mit anderen Politikbereichen.

10

Es ist eine hoheitliche Aufgabe, Bildungsangebote, Bildungsqualität und Zugang zu Bildung zu garantieren.

Hochschule und Wissenschaft sind ein gewichtiger Bereich im öffentlich verantworteten Bildungssystem.

15

Hier in Sachsen hat sich auf der Grundlage bestehender Institutionen nach der Wende eine lebendige Hochschul- und Wissenschaftslandschaft entwickelt. Neben dem Ausbau von Fachhochschulen stand die Erweiterung der alten technischen Universität Dresden zu einer Voll-Universität sowie die Entwicklung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Vordergrund. Dies ist, trotz manchem Mangel im Detail, zu begrüßen.

20

Dennoch stellen sich die folgenden Fragen vor allem angesichts knapper werdender Kassen und des Geburtenknicks:

25

Wie muss die Grundversorgung aussehen, die für das Land Sachsen in seiner Struktur angemessen ist? Welche Schwerpunkte müssen und können vor dem Hintergrund des bestehenden und dem Potenzial künftiger Entwicklungen gesetzt werden?

Wie reagiert Sachsen auf die Notwendigkeit der Wissensgesellschaft, nach der Fort- und Weiterbildung auf wissenschaftlichem Niveau als elementare Voraussetzung für Beruf und gesellschaftliche Aufgaben in vielen Feldern gelten muss?

30

Wie kann Sachsen seine Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen fit machen für den Prozess der europäischen Erweiterung und für die Globalisierung?

Gesellschaftliche Herausforderungen durch europäische Erweiterung und Globalisierung als Forschungsstoff.

35

Ist Sachsen nun für die genannten Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte gewappnet?

Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen fordern einen gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der Wissensgesellschaft und die daraus abzuleitenden Konsequenzen für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

40

Grundversorgung der Bildung an Universitäten und Hochschulen sichern

Als großes, vielfältiges Flächenland muss Sachsen ein eigenständiges, breites Angebot an hochqualifizierter wissenschaftlicher Bildung und Ausbildung sichern. Dies gilt für alle Fächergruppen und für Universitäten wie für Fachhochschulen. Vor weit reichenden Umstrukturierungen ist a) externer Sachverstand einzubeziehen und b) eine umfassende, transparente Diskussion über Sinn und Zweck der Umstrukturierung zu führen. Bei den Universitäten und sollten allein inhaltliche und sachliche Überlegungen eine Rolle spielen, über die Fachhochschulen sollte versucht werden, die regionale Ausgewogenheit und Vielfalt zu gewährleisten.

50

Punkt (a) ist mit dem Bericht der Sächsischen Hochschulentwicklungskommission (SHEK) 2000-2001 erfolgt. Der umfassende Bericht bietet eine gute Grundlage für eine breite Diskussion in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft über Potenziale und Risiken vorgeschlagener Umstrukturierungen. Ein Abweichen von den Empfehlungen einer Expertenkommission wie der SHEK ist zweifellos möglich, erfordert aber eine Begründung. Wie der Fall der Juristischen Fakultät Dresden besonders augenfällig zeigt, hat die Staatsregierung nicht einen Grund präsentieren können, weshalb sie entgegen den

55

ausdrücklichen Empfehlungen der Kommission zum Erhalt zweier Juristischer Fakultäten in Sachsen die Dresdner Fakultät schließen will. Im Vergleich der Bundesländer sind zwei Jura-Fakultäten für die 4,4 Millionen Einwohner in Sachsen keineswegs zu viel. Die in einem Rechtsstaat gebotene Anhörung von Betroffenen verbietet im übrigen solche Hau-Ruck-Entscheidungen über die Köpfe aller hinweg.

60

Gezielte Forschungs-Schwerpunkte setzen

Die Schwerpunktsetzung und deren ständige Überprüfung muss sich orientieren an den folgenden Punkten:

- 65 - Der gewachsenen Wissenschafts- und Forschungslandschaft
- An den künftigen Potenzialen und Erfordernissen von Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft
- Den Herausforderungen durch EU-Erweiterung und internationale Kooperation

70 Reif für die Wissensgesellschaft?

Wenn wir ein Studium an einer Universität als bloße Ausbildung für eine bestimmte Arbeitsstelle betrachteten, so wäre dies der Abschied von der Idee der Universität. Eine rein ökonomische Funktionalisierung der Wissenschafts- und Hochschullandschaft griffe bei weitem zu kurz – und hier liegt wohl DIE zentrale Schwäche der Hochschulpolitik der gegenwärtigen sächsischen Staatsregierung.

75

Die Wissensgesellschaft braucht einen offenen Raum, in dem über Perspektiven, über Traditionen, über Probleme der Gegenwart herrschaftsfrei auf hohem Niveau reflektiert werden kann und muss – dieser Ort sollte idealerweise die Universität sein. Diese Reflexion findet nicht in der sächsischen Isolation statt, sondern als Teil der internationalen Universitäts- und Wissenschaftsdiskurse, in die die sächsischen wissenschaftlichen Institutionen eingebunden sind. Gleichwohl sollte der an den Universitäten geführte Diskurs über das Verständnis der Grundlagen und das Wesen unserer Gesellschaft offen in die Gesellschaft hineinwirken und umgekehrt. Hier liegen gerade in Sachsen noch unentdeckte Potenziale. So hat die sächsische Öffentlichkeit oft genug noch nicht hinreichend wahrgenommen, welche Experten wir eigentlich in unserer Mitte haben.

85

Sachsen ist ein Flächenland mit großen Zentren der Industrie, aber auch wachsender Dienstleistungsbranche, mit großen land- und forstwirtschaftlich geprägten Regionen sowie in seiner geographischen Lage an der Nahtstelle zu den Staaten der EU-Erweiterung.

90

Die traditionellen Schwerpunkte der Wirtschaft in der Industrie spiegeln sich auch in der Hochschullandschaft wider: Wie bereits vor der deutschen Vereinigung bildeten die Hochschulen in den drei sächsischen Bezirken weit über den eigenen Bedarf Ingenieure und Naturwissenschaftler aus. Dies spiegelt sich wider in der Schwerpunktsetzung nach der Wende mit der Fortentwicklung der Technischen Universitäten Chemnitz und Freiberg und der Entwicklung der technisch orientierten Fachhochschulen.

95

Der Ausbau der technischen Universität in Dresden zur Voll-Universität wiederum trägt der Erkenntnis Rechnung, dass ein großer Teil der Wertschöpfung künftig nicht allein mehr im sekundären industriellen Sektor liegen wird, sondern im tertiären, im Dienstleistungssektor. Darüber hinaus erfordern die Entwicklungen der Globalisierung Fähigkeiten und Kenntnisse, die weit über die rein fachbezogene technische Ausbildung hinaus geht: Werden doch internationale Geschäfte, die die Grundlagen unserer Volkswirtschaft sind, ohne Verständnis des historischen und kulturellen Hintergrunds sowie des politischen, ökonomischen und rechtlichen Systems der Partner zunehmend schwerer.

100

105 Vielfalt und Differenzierung bei gleichzeitiger vertikaler und horizontaler Offenheit

Die deutsche Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist aus guten Gründen differenziert in Universitäten, künstlerischen Hochschulen, Fachhochschulen, Berufsakademien sowie außer-universitäre Forschungsinstitutionen. Diese klare Differenzierung sollte beibehalten werden, aber gleichwohl dürfen eine gegenseitige Öffnungen und Kooperationen nicht am Standesdünkel einzelner scheitern.

110

Internationale Ausrichtung von Forschung und Lehre

Die unmittelbar anstehende EU-Erweiterung ist Herausforderung und Chance zugleich für die sächsische Hochschul- und Wissenschaftslandschaft. Potenziale zur Zusammenarbeit in Lehre und Forschung sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Gezielte Förderung von Kooperationsprojekten in Lehre und Forschung nicht nur, aber vor allem mit den unmittelbaren Nachbarländern Tschechien und Polen sollten in Ergänzung entsprechender Fördermittel aus Brüssel und Berlin vom Freistaat vorgenommen werden. In der wissenschaftlichen Begleitung der mit der EU-Erweiterung verbundenen Transformationsprozesse, in Studien über Identität und Tradition, Verfassung, sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Wandel, Globalisierung liegen Forschungsgebiete, die von den kompetenten Geistes- und

120

Sozialwissenschaften an den sächsischen Universitäten aufgegriffen werden können. Die Staatsregierung sollte sich vor dirigistischen Eingriffen hüten, kann aber gleichwohl mit entsprechender Förderung ermutigen.

125

BA/MA-Studiengänge

Mit Schlagworten wie "Innovation" und "Internationalisierung" werden vielerorts hektisch neue Studiengänge aus dem Boden gestampft, wobei der Begriff "Innovation" oftmals völlig inhaltsleer gebraucht wird. Unter dem Gesichtspunkt der Internationalisierung des Studiums sind Bachelor- und Master-Studiengänge nur bedingt sinnvoll, wie jüngste Meldungen zeigen, wenn Studiengänge mit der Bezeichnung keineswegs überall Anerkennung finden.

130

Vielmehr haben aber neue oder reformierte Studiengänge das Potenzial eines modularen Studiums, dessen einzelne Bausteine auf einander aufbauen und somit Stück für Stück ergänzt werden können. Sie müssen sich unter anderem an folgenden Kriterien messen lassen:

135

- Können sie in ihrem Grundelement einen breiten Überblick über das studierte Fach vermitteln und gleichzeitig die Fähigkeit der Studierenden entwickeln, sich zügig vertieft in Wissensgebiete des Faches und benachbarter Fächer einzuarbeiten?
- Entsprechen sie den in Entwicklung befindlichen fachbezogenen Akkreditierungsrichtlinien?
- Sind sie kompatibel und anschlussfähig an entsprechende Studiengänge an anderen Studienorten im In- und Ausland?
- Inwieweit erfüllen sie spezifische Anforderungsprofile der Arbeitswelt, und sind sie gleichzeitig eine Grundlage für weitergehende wissenschaftliche Studien?

140

145

Privat-Hochschulen

Gegen eine Zulassung privater Hochschulen ist prinzipiell überhaupt nichts einzuwenden. Jedoch dürfen sie nicht dazu herhalten, die Standards an wissenschaftlicher Solidität, an Mitwirkungsmöglichkeiten, Transparenz und Offenheit, die wir an staatlichen Universitäten erreicht haben und weiter fortschreiben, aufzuweichen, während sie gleichzeitig am finanziellen Tropf des Staates hängen.

150

Der Staat sollte mit der Patenschaft für private Hochschulgründungen zurückhaltend sein. Die jüngst geäußerte Idee zur Gründung einer privaten Rechtshochschule in Dresden ist eine Schnapsidee. Eine solche Institution, für die weder ein finanzielles noch ein inhaltliches Konzept existiert, ist kein Ersatz für eine solide, wissenschaftlich renommierte Jura-Fakultät, wie sie unter Beteiligung von Hochschullehrern von nationalem und internationalem Rang seit 1992 aufgebaut worden ist.

155

Familie und wissenschaftliche Karriere (k)ein Widerspruch?

Nach wie vor sind die Berufschancen für Frauen mit Familie in Wissenschaft und Hochschulen schlecht. Hier gilt es über die Frauenförderung mit rein appellativem Charakter hinaus zu gehen. Wissenschaftliche Karriere und Familie sind für Frauen wie Männer oft kaum vereinbar. Altersgrenzen bei Einstellungen oder Fördermaßnahmen sind für Väter oder Mütter von Kindern zu überprüfen. Es muss eine strukturelle Umgestaltung nach den Kriterien des Gendermainstreamings stattfinden.

160

165

Für die Herausforderungen der Wissensgesellschaft bereit sein und lebenslanges Lernen ermöglichen

In der künftigen Arbeitswelt kann anders als in der Vergangenheit nicht mehr davon ausgegangen werden, dass ein Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein ganzes Arbeitsleben an einer Arbeitsstelle verbringt. Für Akademikerinnen und Akademiker gilt dies in besonderem Maße. Hier zählen neben jeweiliger fachlicher Qualifikation auch ein hohes Maß an Flexibilität, an kognitiven und kommunikativen Fähigkeiten. Zum einen gilt es, frühzeitig die Grundlagen zu legen, zum anderen gilt es, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer während des Arbeitslebens wieder Zugang zu Weiterbildung und Fortbildung erhalten. Die stärkere Vernetzung von Hochschule und Arbeitswelt gibt der Wissenschaft und der Praxis gleichermaßen Impulse.

170

175

Konkrete Schritte können etwa die Förderung von Sabbat-Jahren zur eigenen Fort- und Weiterbildung sein; die bessere Verzahnung von Wissenschaft und Arbeitswelt durch die Öffnung der Hochschulen auch für qualifiziertes Personal, das nicht den formalisierten Weg über Promotion und Habilitation gegangen ist.

180 Schließlich muss Sachsen endlich die Rote Laterne abgeben, wenn es um die Förderung von
Weiterbildung angeht: Noch immer ist es eines der Bundesländer, das keinen Bildungsurlaub zulässt. Dies
ist ein untragbarer Zustand.

Selbstverantwortung der Hochschulen

185 Unter dem Stichwort Selbstverantwortung der Hochschulen und Universitäten stiehlt sich die
Staatsregierung aus der Verantwortung. Sie muss weit reichende Strukturentscheidungen treffen und
hierfür die Verantwortung tragen, während sie im Alltag den Hochschulen mehr Selbständigkeit
einräumen kann. So muss zweifellos nicht jeder Arbeitsvertrag einer studentischen Hilfskraft auch im
190 Finanzministerium geprüft werden. Doch die an und für sich sinnvolle Zuweisung von Globalhaushalten
macht eine größere Kontrolle und Transparenz innerhalb einer Hochschule erforderlich. Der gesamte
Haushalt einer Hochschule hat der Kontrolle entsprechender Gremien (Hochschulsenat und
entsprechende Kommissionen) zu unterliegen. Dies gilt auch für Einnahmen und Ausgaben in
Geschäftstätigkeiten, in denen die Universität mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist.
195 Die Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb von Hochschulen sind wieder zu stärken: So ist die Wahl der
Dekane (wie vor 1999) wieder ausschließlich in die Hände der Fakultäten zu geben. Die
Hochschulleitung, die de facto von den Dekanen gewählt wird, sollte mit der Auswahl der Dekane nicht
befasst sein. Die Amtszeit von Rektoren ist wieder auf maximal zwei Amtsperioden zu begrenzen (wie vor
1999).
200 Die Staatsregierung muss ihre Rechtsaufsicht ausüben, wenn – wie jüngst in Dresden geschehen – eine
Universitätsleitung fortgesetzt mit einer rechtlich unzulässigen Grundordnung agiert.

Leistungsmessung: Eigenverantwortung statt bürokratischer Wasserköpfe

205 In den gegenwärtigen Diskussionen über Messungen zum Vergleich von Leistungen in Lehre und
Forschung als Voraussetzung für die Zuweisung von Sach- und Personalmitteln wird gerne übersehen,
dass daraus vor allem bürokratischer Aufwand und Wasserköpfe in den Hochschul- und
Ministerialverwaltungen entstehen. Herkömmliche Untersuchungen und qualitative Bewertungen durch
interne und (in größeren Abständen) externe Gutachter bringen oftmals verlässlichere Ergebnisse als
aufwändige, nur scheinbar objektive quantitative Messungen.

210

Offenheit und Transparenz in Wissenschaft und Lehre

215 Aus guten Gründen garantiert das Grundgesetz die Freiheit von Forschung und Lehre. Insbesondere in
sensiblen Bereichen der Gesellschaftswissenschaften verbietet sich eine staatlich dirigierte
Auftragsforschung. "Ergebnisse" aus solcher Forschung halten oftmals internationalen Standards nicht
stand. Die Affäre um die Eingriffe des jetzigen Wissenschaftsministers Rößler in die Arbeit des Hannah-
Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden hat beispielsweise der Glaubwürdigkeit der
sächsischen Hochschulpolitik enorm geschadet.
220 Die Absolventen der Hochschulen besetzen wichtige Funktionen in unserer Gesellschaft und benötigen
dafür nicht nur grundlegende Kenntnisse von Gesellschaft und Politik, sondern auch die Fähigkeit, die
gesellschaftlichen Konsequenzen und Zusammenhänge ihrer Arbeit zu bedenken und abzuwägen und
verantwortliche Entscheidungen in diesem Sinne zu treffen. Wissenschaftler arbeiten in politisch und
gesellschaftlich hochsensiblen Bereichen, da muss nicht erst die Kernenergie oder die Gentechnologie
genannt werden. Für das Funktionieren unseres Gemeinwesens bedarf es im übrigen ebenso vieler
225 gesellschaftlich verantwortungsvoll denkender Menschen in wichtigen Positionen in Politik, Verwaltung,
Wirtschaft, Verbänden und Organisationen.
Es ist eine Banalität zu sagen, dass wir ein solches gesellschaftliches und politisches
Verantwortungsbewusstsein nicht mit der Muttermilch bekommen, sondern dass das Erlernen ein
230 fortwährender, theoretisch nicht endender Prozess ist. Dieses Verantwortungsbewusstsein lässt sich
nicht verordnen, kann auch nicht per Lektüre im Schulbuch erlernt werden. Politisches
Verantwortungsbewusstsein bedarf der praktischen Einübung und ständigen Reflexion (Vgl. Sächs. Verf.
Art. 101, 1; SHG § 4, 6 und § 10, 1).

Demokratische Politik braucht Öffentlichkeit

235 Eine demokratische Gesellschaft bedarf der Diskussion im öffentlichen Raum, der öffentlichen
Auseinandersetzung unterschiedlicher Meinungen und ebenso der Aushandlung widerstrebender
Interessen, wozu die Suche nach Kompromiss aber auch die Notwendigkeit zu Entscheidungen ebenso

240 gehören. Die Hochschule ist zweifellos ein solcher öffentlicher Raum, der ohne Beschäftigung mit Politik nicht vorstellbar ist.

Die weitere Entwicklung der Demokratie gerade hier in Ost-Deutschland bedarf insgesamt eher mehr und größerer Öffentlichkeit und öffentlicher Diskussion als bislang. Die Bildungseinrichtungen sollten auch in diesem Sinne Vorbildcharakter für die Gesellschaft haben. Ein stärkeres öffentliches politisches und gesellschaftliches Engagement (nicht nur) der Studierenden ist wünschenswert, und ein solches Engagement sollte nicht durch ein restriktives Klima oder wie auch immer geartete Verbote in Misskredit gebracht werden, ganz so, als sei politische oder gar parteipolitische Aktivität etwas Unanständiges.